

## Begrüßung

- 1- Verehrter Herr Oberbürgermeister
- 2- Verehrte Frau Bürgermeisterin
- 3- Sehr geehrter Stadtvorstand
- 4- Liebe Kolleginnen und Kollegen
- 5- Sehr geehrte Damen und Herren der Presse

Meine Startnummer 7 (Sieben) kann man von zwei Seiten betrachten. Einerseits bleibt nicht mehr sehr viel Neues für mich übrig. Andererseits kann ich selber angesprochene Themen intensivieren.

Selbstverständlich schließe ich mich meinen Vorrednern an, was das Lob für die städtischen Dezernate betrifft. Hier hat sowohl mein Vorgänger, Herr Scheer und ich als Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss die Erfahrung gemacht, dass bis auf wenige Ausnahmen die betreffenden Führungskräfte immer exzellent vorbereitet sind und die Stadt allen Grund hat, auf Ihr Management stolz zu sein.

Leider können auch die besten Köpfe der Stadtverwaltung nur die gestellten Aufgaben lösen, bei denen Sie alle Abwicklungskriterien im Griff haben. Doch dazu gleich mehr.

Ich habe als natürlich meinen Vorrednern sehr intensiv zugehört und habe mir auch die Haushaltsreden 2015 näher angesehen.

Ich stelle fest, dass der Stadtrat Koblenz, bis auf einige mittlerweile liebgewonnene Wunschvorstellungen insbesondere der SPD und der Grünen, nicht durch extrem konträre Meinungen und Handlungs- Maximen geprägt ist.

Alle haben das Wohl der Stadt im Sinn. Jeder verpackt es etwas anders.

Die meisten Aussagen aus 2014 sind auch in 2015 noch gültig, und werden auch im Jahr 2016 größtenteils Bestand haben.

**Grünen:** es ist für die Kommunen unmöglich Sicherheit bei der Finanzen zu erlangen.

**BIZ:** hat schon letztes Jahr festgestellt, dass uns Ratsmitgliedern hinsichtlich der Pflichtaufgaben im Jugend- und Sozialbereich nur eine Statistenrolle bleibt.

**FDP:** das Land stellt sich nach außen großzügig da und lässt andere bezahlen.

**CDU:** beklagt die ADD- Restriktionen und die damit widerwillig von den meisten von uns getroffenen Entscheidungen wie zum Beispiel die erneute Erhöhung der Gewerbesteuer.

**SPD:** will eine aufstrebende Metropole am Mittelrhein.

**Linke:** weißt auf Faktoren hin, die wir praktisch nicht beeinflussen können.

Alle diese Aussagen unterschreibt die AfD mit Freude.

### **Haushaltspositionen**

Es gibt aber auch Haushaltspositionen die Koblenz sehr wohl im Griff hat.

Eine davon mochte ich hier wirklich positiv herausstellen.

Der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Koblenz, Herr Nester, hat Koblenz ein sehr positives Zinsmanagement bescheinigt. Übrigens: Die Sparkasse Koblenz ist bei weitem nicht- wie mancherorts behauptet wird- unser größter Geldgeber. Da die Finanzwelt mein Steckenpferd ist, habe ich mir das etwas näher angesehen (In diesem Zusammenhang einen herzlichen Dank an Herrn Schütz vom Steueramt, der mir die Kreditpolitik der Stadt in einem persönlichen Gespräch näher erklärt hat). Durch eine Politik bei der immer die Minimierung des Zinsänderungsrisikos im Vordergrund steht, wurde hier langfristig ein sehr konstanter Faktor geschaffen, der in den nächsten Jahren trotz Neuverschuldungen in einem sehr berechenbaren Rahmen bleibt.

### **Gute Arbeit!**

### **Kita Horchheimer- Höhe**

Was mich persönlich sehr zufrieden stimmt, ist die Tatsache, dass die Stadt nicht immer getreu dem Eckwertebeschluss rein betriebswirtschaftlich entscheidet, sondern in besonderen Situationen Vernunft und Weitsicht beweist.

Mein Vorgänger im Amt des Fraktionsvorsitzenden sagte vor einem Jahr sehr richtig: Die Stadt müsse sparen. An Schulen, und der Bildungslandschaft im Allgemeinen jedoch dürfe nicht gespart werden, denn es handele sich um Investitionen in unsere Jugend, in unsere Zukunft.

In diesem konkreten Fall möchte ich noch einmal den nachträglich beschlossenen Neubau einer Kita im Ortsteil Horchheimer-Höhe hervorheben. Dieser Stadtteil kann seit einigen Monaten noch nicht mal mehr eine Bankfiliale vorweisen.

Und das wichtigste:

So wurde die Abwärtsspirale hinsichtlich der Attraktivität dieses Stadtteils wenigstens bezüglich der Kinderbetreuungsmöglichkeiten gestoppt.

Die Schließung der Kita und eine Verteilung der Kinder auf eine neue größere Kita in Asterstein wäre bedingt durch andere Leistungen die Koblenz aktuell bringen muss, das absolut falsche Signal für die Bevölkerung gewesen.

Denn auf der anderen Seite hatte die Stadt ohne den Kitaneubau schon eine Steigerung von 14 Millionen für Aufwendungen zur sozialen Sicherung gebucht.

Doch ob wir uns Entscheidungen dieser Art in Zukunft leisten können, wird angesichts der neuen Belastungen, die wahrscheinlich auf uns zukommen und die sich in den Haushaltsplanungen meiner Meinung nach nur unzureichend niederschlagen, immer fraglicher.

Kommen wir deshalb zum aktuell unbequemsten Thema, der Asylkrise.

Ich weiß, dass viele von Ihnen denken, jetzt arbeitet der Pontius wieder das momentan liebste Thema der AfD ab.

Aber ich kann nicht über Beläge von Fußballplätzen reden, wenn es eventuell um das finanzielle Überleben unserer Kommune gehen könnte.

Der Oberbürgermeister äußerte sich unlängst im „Blick Aktuell“ gleichermaßen viel wie nichtssagend: Wir sind Blindflug unterwegs, weil wir noch nicht alles kennen und alles wissen.“

Vielleicht kann ich ja mit ein paar fundierten und recherchierten Fakten zur Aufklärung beitragen.

Bei einer Million bundesweit registrierter Asylanten, und die werden wir sehr bald haben, würden Koblenz exakt 1353 Asylbewerber nach dem Königsteiner Schlüssel zugewiesen.

Nach diesen Angaben hat Rheinland Pfalz 4,83 % der nach Deutschland kommenden Asylbewerber aufzunehmen.

Und Koblenz muss einen Anteil von 2,8% der Rheinland- Pfälzischen Asylbewerber aufnehmen!

Dabei sind die nach einer Schätzung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im September dieses Jahres 290.000 weiteren nicht registrierten Asylbewerber in Deutschland nicht berücksichtigt.

Kommt der Familiennachzug hinzu! Hier gehen Experten von einem Verhältnis von mindestens 1 zu 4 aus. Koblenz würde bei nur 1 Million Asylbewerbern bundesweit nochmals mit weiteren 4 Tausend Menschen zu rechnen haben, die alle unsere Versorgungssysteme nutzen werden.

**Das meine Damen und Herren ist nichts anderes als Mathematik.**

Ein Asylbewerber, der anerkannt oder wegen Abschiebehindernissen geduldet wird, rutscht in der Regel in den Bezug von Transferleistungen hinein. Er verschwindet vom Schirm der einen Statistik und taucht auf einem anderen auf. Aus dem Asylbewerber ist schließlich ein Transferleistungsbezieher unter vielen anderen geworden.

Es ist bereits in den Jahren zuvor zu einer fatalen Tradition geworden: Die Ausgaben für Soziales machen den Löwenanteil der kommunalen Haushalte aus. Das meiste Geld wird also für die soziale Daseinsfürsorge verwendet, für den Sozialstaat. Die Investitionen in die Zukunft fallen hingegen wesentlich geringer aus. Soweit die Situation vor der Wanderungsbewegung historischen Ausmaßes.

Denn von einer gelungenen Integration kann nur dann die Rede sein, wenn die Erwerbsquote der Zugewanderten sich der einheimischen Bevölkerung stetig annähert. Und hier rede ich nicht von Jobs in der sogenannten Sozialindustrie, sondern von Arbeitsplätzen, die zur Wertschöpfung beitragen.

Kommen wir wieder zum Thema Familiennachzug. Der überwiegende Teil der sogenannten Flüchtlinge sind Muslime, sind Männer. Aktuell plädieren die Altparteien im Großen und Ganzen für einen unbeschränkten Familiennachzug. Es kommen bald Frauen und Kinder. Ich will mich hier nicht mit den kulturellen Aspekten des orientalischen Frauenbilds, das wir importieren, aufhalten, sondern die ökonomische Seite beleuchten, die unseren Haushalt betreffen wird.

Die Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion oder Osteuropa – die man unbedarft zum Vergleich heranzieht – hatte ein völlig anderes Bildungsprofil. Die Erwerbsquote der Frauen war ähnlich hoch wie die der Männer. Die Anzahl der Frauen mit Hochschulabschluss lag bei weit über 50% eines Jahrgangs. Die Berufstätigkeit der Frau war die Regel, nicht die Ausnahme. Eine Schaffnerin, eine Ingenieurin auf dem Bau gehören in Warschau, Budapest, St. Petersburg oder Perm zum Straßenbild, nicht aber in Aleppo (und dabei ist Syrien noch ein progressiver arabischer Staat, stellt man den Vergleich mit Saudi Arabien an) und schon gar nicht in Karachi.

Das heißt: es fehlen gleich mehrfach die Voraussetzungen für den Einstieg in den ersten und zweiten Arbeitsmarkt. Wir müssen also vom Zuzug in die Sozialsysteme ausgehen. Machen wir uns nichts vor: Dort werden die meisten zunächst verharren. Insbesondere die Kommunen sind dann finanziell im größten Maße gefordert. Und zwar über Jahre hinweg.

Die Aufklärung über diese Wanderungsbewegung in den Transferleistungsbezug müssen wir erbringen. Der mündige Bürger hat ein Recht darauf. Er muss wissen, was uns die Willkommenskultur auf den Cent kostet.

Hier noch einmal die prognostizierten Zahlen des Amtes für Jugend und Soziales bezüglich der Leistungen für Asylbewerber:

2015: 4,7 Mio;

2016: 9,6 Mio;

2017: 9,7 Mio;

2018: 10,2 Mio Knapp zweistellig

Wir halten bereits jetzt die Veranschlagung der Kosten des Amtes für Jugend und Soziales – mit Verlaub Frau Schüller – für fiktionale Literatur!

Die Unterstützung durch Bund und Land stellt auch bei einem Satz von 848 Euro/ Monat und einem zusätzlich Pauschalbeitrag keinen vollständigen Ausgleich für die Belastungen der Kommune dar.

Bei diesem Ausgleich müssten dann auch nicht nur die direkten Kosten für die Unterbringung, Versorgung etc. der Asylbewerber, sondern die Kosten für die zu ihrer Betreuung zusätzlich geschaffenen Stellen berücksichtigt werden.

Und wären das nicht alles genug finanzielle Unwägbarkeiten, hat zudem das Bundessozialgericht in Kassel vor Tagen entschieden, dass EU Ausländer nach 6 Monaten Anspruch auf Sozialhilfe haben, und zwar jeder, der auch nur den Anschein erweckt, eine Arbeit aufnehmen zu wollen. Der Spiegel bringt auf dem Punkt: „Dank dieser Fürsorge der Kasseler Richter erhält ein Paar aus Rumänien vom deutschen Staat ohne Arbeit das Doppelte dessen, was man in Bukarest als Lehrer oder Industriearbeiter verdient.“ Es zahlen: Die Kommunen. Die kommunalen Spitzenverbände laufen Sturm. Läuft ein Vertreter unseres Stadtvorstandes bereits mit? Der Sozialdezernent der Stadt Offenbach wird noch deutlicher: Das Urteil birgt sozialen Sprengstoff.“

Zurückhaltende Schätzungen gehen von 500 Millionen Euro jährlich aus, bezieht man Unterkunft und Heizung ein, könnten es – je nach Zuzugsszenario – 1 Milliarde sein. Für Koblenz könnten diese Tatsache Mehrkosten von einigen Millionen bedenken.

Die AfD vermisst in diesem ganzen Dschungel die nötige Transparenz.

Wir wollten in einer Anfrage im Stadtrat am 15.10.2015 einfach nur wissen, welche Kosten der Stadt Koblenz in 2013/14/15 durch abgelehnte Asylbewerber entstanden sind, die weder freiwillig zurückgereist sind (was ja durchaus mit attraktivem finanziellen Leistungen oder sonstigen Vorteilen wie zum Beispiel Existenzgründung in der Heimat) verbunden ist, oder die auf Grund von Abschiebehindernissen immer noch hier sind und unsere Sozialkassen belasten.

Wir gingen davon aus, dass wir kurzfristig eine Antwort bekommen, da solche Zahlen sicherlich vorhanden sind.

Zu unsere Überraschung/ Irritation

Vorlesen/ Antwort

Antwort der Stadt Koblenz: „ Eine Auswertung über die der Stadt Koblenz entstanden Kosten für die abgelehnten Asylbewerber in den Jahren 2013, 2014, 2015 kann nur unten enormen Zeitaufwand händig erfolgen, was mit dem jetzigen vorhandenen Personalkapazitäten nicht möglich ist.“

Wenn schon so eine einfache Frage nicht beantwortet werden kann, wer beantwortet uns und den Koblenzer Bürgern folgende Fragen:

Wieviel Asylbewerber sind bisher anerkannt worden und werden vom Jobcenter versorgt?

Wieviel Asylbewerber kommen monatlich aktuell dazu?

Wieviel Familienangehörige sind in das Koblenzer Versorgungssystem bisher eingewandert?

Wieviel Familienangehörige pro anerkannte Flüchtlinge haben wir in Zukunft zu versorgen?

Aber wir wollen auch über positiven Sachen informiert werden. Wie zum Beispiel:

Welche Maßnahmen unternimmt die jeweilige Person um in ein Arbeitsverhältnis zu kommen?

Wieviel Jahre dauert das?

Wir müssen aber ebenfalls wissen.

Wer verweigert sich den angebotenen Maßnahmen (und hat eventuell vor gar nicht mehr zu arbeiten weil es ihm hier als Leistungsempfänger mit der gesamten Familie besser geht als in seiner Heimat).

Diese Zuwanderungssituation, meine Damen und Herren wird zukünftig eine gewaltige Kostenexplosion verursachen.

Diese muss die Stadt wenigstens überschauen und bewerten können.

Wir brauchen diese Zahlen und zwar als unbedingte Argumentation dem Land und dem Bund gegenüber, falls es, was wir alle nicht hoffen wollen, gar nicht mehr weiter geht.

Die AfD erwartet, dass die Stadt aus der Vielzahl fähiger Mitarbeiter im Amt für Jugend und Soziales, mindestens eine kompetente Kraft mit diesen nicht einfachen Statistiken beauftragt. Wir werden dieses beantragen!

Sollte wegen Überlastung keine geeignete Person gefunden werden, muss hier, allen Einsparungen zum Trotz, eine neue Stelle besetzt werden. Es wird hier zukünftig um Millionenbeträge gehen. Der Koblenzer Bürger hat ein Recht darauf genau zu erfahren wo diese hingehen.

## **Weihnachten**

Meine Damen und Herren, Heiligabend steht vor der Tür.

Die Menschen, die wir in Koblenz aufgenommen haben sind menschenwürdig untergebracht. Sie müssen nicht hungern und nicht frieren. Das ist gut so und darauf können alle Beteiligten stolz sein.

Aber, meine Damen und Herren, ganz in ihrer Nähe ist für andere Menschen auch Heiligabend.

Ich rede von alleinerziehenden Müttern, die halbtags arbeiten und nächsten Donnerstag nicht wissen, was sie ihren Kindern schenken sollen. Aber nicht weil die Auswahl zu groß ist, sondern weil sie nicht die finanziellen Mittel dazu haben.

Auch das ist Weihnachten in Koblenz.

Ich rede von Rentnerinnen und Rentner, die unser Land mit aufgebaut haben, die sich jedes Jahr erneut schämen, weil ihre kleine Rente es ihnen nicht erlaubt, ihren Enkeln etwas zu schenken.

Auch das ist Weihnachten in Koblenz

Lassen Sie uns als Koblenzer bei aller Willkommenskultur diese Menschen nicht vergessen. Das ist mein herzliches Anliegen an Sie.

## **Stachelschweine**

Jetzt bleibt mir nur noch Ihnen allen ein frohes und friedliches Weihnachtsfest zu wünschen. Unserer Stadt und Ihnen Bürgern wünsche ich alle Gute für das 2016.

Vielleicht, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtrat können wir nächstes Jahr einen größeren Teil dazu beisteuern.

Ich habe einen Vorschlag:

Sie kennen bestimmt alle die Parabel von Artur Schopenhauer: Die Stachelschweine

Eine ganz kurze Inhaltsangabe.

Eine Gruppe Stachelschweine wollte im Winter nicht frieren und möchte deshalb näher zusammenrücken.

Tatsächlich wurde es wärmer. Doch je näher sie zusammenrückten desto stärker schmerzten die Stacheln der Nachbarn. Da aber das Auseinanderrücken wieder mit Frieren verbunden gewesen wäre, veränderten Sie ihren Abstand bis sie die für alle vorteilhafteste Nähe gefunden hatten.

Ich wünsche mir, dass wir alle für uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, die in kommenden Jahr 2016 für unsere Stadt Koblenz vorteilhafteste Nähe zueinander finden.

Danke für Ihre geneigte Aufmerksamkeit!

Verantwortlich:

Herr Rolf Pontius (Kreisvorsitzender und Fraktionsvorsitzender der AfD Koblenz)